

## Sitzung des Stadtrates am 10. Dezember 2012

Bei der letzten Sitzung im Jahre 2012 handelte es sich für die Ratsmitglieder um eine „Routine- bzw. Arbeitssitzung“ mit beeindruckenden 115 öffentlichen und 16 nichtöffentlichen Tagesordnungspunkten. So wurde zwar eine lange aber unspektakuläre Sitzung erwartet.

Direkt zu Beginn stand die „Wiederwahl eines Beigeordneten“ für das Dezernat III (Kultur und Schule) auf der Tagesordnung. Zur Wahl stand der derzeitige Beigeordnete Karl Janssen, dessen Amtszeit im April 2013 abläuft. Im Gegensatz zu Rot-Rot-Grün, die bereits im Vorfeld dieser Sitzung angekündigt hatten Herrn Janssen nicht wiederwählen zu wollen, hatte sich die FDP-Ratsfraktion entschieden, für die Wiederwahl zu stimmen, da es in den vergangenen Jahren stets eine zufriedenstellende Zusammenarbeit zwischen Karl Janssen und der FDP gab. Ratsherr Happel (BürgerUnion) beantragte eine geheime Abstimmung, was die SPD-Fraktion zunächst nicht akzeptieren wollte. Rechtsdezernent Rabe erläuterte jedoch, dass eine geheime Abstimmung nach neuester Rechtsprechung auch dann durchgeführt werden muss, wenn nur ein einzelnes Ratsmitglied dies verlange. Dementsprechend traten die 72 anwesenden Ratsmitglieder (und der OB) in den geheimen Wahlvorgang ein, der immer mindestens 30 Minuten in Anspruch nimmt. Letztendlich stimmten 32 Personen für die Wiederwahl, 40 dagegen und ein Ratsmitglied hatte sich der Stimme enthalten. Da SPD (30), Linke (6) und Grüne (6) insgesamt über 42 Stimmen verfügen, verursachte das Ergebnis in der späteren Pause interne Diskussionen. Dennoch ist Herr Janssen nicht wiedergewählt worden und die Rot-Rot-Grüne-Kooperation sucht bereits einen Nachfolger.

Innerhalb der nächsten Tagesordnungspunkte wurden kommentarlos Delegierte für den NRW-Städtetag bestimmt, sowie einige neue Mitglieder des Seniorenbeirates, des Beirates für Menschen mit Behinderung und des Umlegungsausschusses gewählt.

Als Beratungspunkt 11 stand ein gemeinsamer Antrag von SPD, Linken und Grünen auf der Tagesordnung, der die Gewinn- bzw. Ergebnisverschlechterung bei den Duisburger Stadtwerken zum Thema hatte und dafür die Bundesregierung verantwortlich machen wollte. Eine Forderung oder Handlung ergab sich aus der Antragsformulierung jedoch nicht, so dass viele Ratsmitglieder nach dem Sinn fragten. Nachdem mehrere Redner den Antrag als „mit heißer Nadel gestrickt“ bezeichneten, meldet sich Prof. Dr. Kantal von den Grünen zu Wort, bestätigte überraschenderweise den Vorwurf und erklärte, dass die Grünen sich deshalb auch als Antragsteller zurückziehen würden. Allerdings stimmten sie anschließend nicht dagegen, sondern enthielten sich der Stimme, so dass SPD und Linke dennoch eine Mehrheit hatten und ihren eigenartigen Antrag mit 36 Stimmen beschlossen.

Thematisch stand die folgende Beschlussfassung im direkten Zusammenhang mit dem vorgenannten Antrag. Hiernach sollte der städtischen Gesellschaft DVV, der u.a. die Stadtwerke angehören, 20 Millionen Euro Zuschuss gewährt werden um die gesellschaftsinterne Finanzkrise überwinden zu können. FDP-Fraktionsvorsitzender Wilhelm Bies erklärte, dass die FDP dem „schweren Herzens“ zustimmen werde, weil man Kunden und Mitarbeitern der Stadtwerke nicht zumuten könne, nun die Folgen für Fehlentwicklungen auf dem Energiemarkt zu tragen. Nur die DWG stimmte anschließend dagegen.

In der folgenden Vorlage sollte einer der zahlreichen Punkte des Haushaltssanierungsplanes konkretisiert und beschlossen werden, die bisher nur auf Annahmen beruhen und bei denen ein Einsparpotenzial lediglich vermutet wird. Alle städtischen Veranstaltungen, wie Stadtfest, Weinfest, Matjesmarkt, Trödelmärkte etc. sollen zukünftig nicht mehr von der städtischen Gesellschaft „Duisburg Marketing“, sondern von der städtischen Gesellschaft „FrischeKontor“ durchgeführt werden. In der kurzen Begründung wurde ausgeführt, dass hierzu eine Untersuchung stattgefunden hätte, die zu diesem Ergebnis gekommen wäre. Unerwähnt blieb jedoch, dass der Geschäftsführer der „FrischeKontor“ diese Untersuchung durchgeführt hatte. FDP-Ratsherr Frank Albrecht, der als einziges Ratsmitglied in beiden Aufsichtsräten vertreten ist, wies auf diesen Unstand hin und erklärte, dass die „FrischeKontor“, nachdem sie im letzten Jahr das Geschäftsfeld der ‚Schweineschlachtung‘ aufgegeben hat, nun offenbar nach neuen Aufgaben suche. Er erläuterte weiter, dass alle Einsparpotentiale, die in der Beschlussvorlage aufgeführt wurden, auch bei der „Duisburg Marketing“ möglich wären. Der Sinn der Aufgabenübertragung erschließe sich daher nicht. FDP, CDU, DWG und BU stimmten anschließend gegen die Vorlage, die aber dennoch mit der Stimmenmehrheit von Rot-Rot-Grün beschlossen wurde.

Beim nächsten Tagesordnungspunkt handelte es sich um eine weitere Vorgabe aus dem beschlossenen Haushaltssanierungsplan. Demnach sollte die städtische „Innenstadtentwicklungsgesellschaft“ aufgelöst und alle Arbeitsbereiche wieder in die Kernverwaltung integriert werden. Zum Verbleib von Dr. Ralf Oehmke, dem bisherigen Geschäftsführer dieser Gesellschaft war in der Vorlage nur ausgeführt, dass „eine Lösung gefunden werden müsse“. Während die Beurteilung der Situation bei „Duisburg Marketing“ und „FrischeKontor“ leicht war, stellten sich der FDP im Fall der „Innenstadtentwicklungsgesellschaft“ einige Fragen, auch deshalb, weil die FDP nicht im Aufsichtsgremium der Gesellschaft vertreten ist. Über Erfolge bzw. Misserfolge der Gesellschaft kann man diskutieren. Konsequenterweise enthielt sich die FDP-Ratsfraktion der Stimme, während CDU, DWG und BU dagegen stimmten. Aber auch in diesem Fall nutzten SPD, Linke und Grüne ihre Stimmenmehrheit um ihren Wunsch durchzusetzen.

In der folgenden Vorlage musste der Duisburger Stadtrat - wegen verschiedener Gerichtsurteile - die Aufhebung der kommunalen Übernachtungsabgabe (Hotel- oder Bettensteuer) beschließen. Die FDP hatte sich stets gegen die Einführung ausgesprochen und danach auch immer wieder die Abschaffung gefordert. Die gewonnenen Klagen des Hotel- und Gaststättenverbandes hatten in der Stadtverwaltung zu der Einsicht geführt, dass es für eine Kommune nicht möglich ist, diese Abgabe zu erheben.

Im einem weiteren Tagesordnungspunkt führte die Verwaltung aus, dass sie die 'Einnahme-Grenze' in der Vergnügungssteuersatzung für Spielapparate noch nicht erreicht sehe. Dementsprechend wurde dem Rat vorgeschlagen, diese Satzung zum wiederholten Mal zu ändern und die kommunale Abgabe abermals zu erhöhen. Hier stimmten die FDP-Vertreter als einzige Fraktion dagegen, weil laut Begründung keine Steuerung des Gewerbes angestrebt wurde und auch z.B. von Suchtprophylaxe keine Rede war, sondern lediglich die Chance gesehen wurde, bei den betroffenen selbständigen Gewerbetreibenden (Gastronomen und Spielstättenbetreibern) noch mehr „heraus zu holen“.

Im Verlauf der Sitzung gab es zahlreiche Beschlüsse zu Wirtschaftsplänen, Jahresabschlüssen und Satzungsänderungen städtischer Gesellschaften, sowie zum Jahresabschluss der Stadt, zur Einstellung von Auszubildenden, zu zusätzlichen (unabwendbaren) Ausgaben im Sozialbereich, zur Gültigkeit der OB-Wahl und vorheriger OB-Abwahl, zur Erhebung von Beiträgen für die offene Ganztagschule, zur (unausweichlichen) Auflösung zweier Hauptschulen, verschiedenen Änderungen und Einrichtungen von Bildungsgängen bei Berufkollegs, zur neuen Honorarordnung der VHS, der Namensänderung der „Niederrheinischen Musik- und Kunstschule“ in „Musik- und Kunstschule“ und zur zukünftigen Ausstattung der Bibliothek und der VHS im neuen Gebäude an der Steinschen Gasse. Alle Beschlüsse wurden einstimmig und kommentarlos gefasst.

SPD und Linke hatten einen gemeinsamen Antrag gestellt, wonach das seit Jahren geplante NS-Dokumentationszentrum bald realisiert werden solle, jedoch nicht im neuen 'VHS-Bibliotheks-Gebäude' an der Steinschen Gasse. Die Verwaltung solle nach einem anderen geeigneten Standort in Zentrumsnähe suchen. Dem gegenüber stand ein gemeinsamer Antrag der CDU und der DWG, wonach das NS-Dokumentationszentrum bald realisiert werden solle, jedoch unbedingt am bisher geplanten Standort im neuen 'VHS-Bibliotheks-Gebäude' an der Steinschen Gasse. Ungewöhnlich lange diskutierten beide Seiten über dieses Thema, bei dem bisher nicht einmal klar ist, ob es dafür jemals die Genehmigung der Finanzaufsicht geben wird (man geht von Betriebs- und Unterhaltskosten von ca. 300.000,- € jährlich aus). Erwartungsgemäß setzten sich Rot-Rot-Grün durch, die FDP enthielt sich bei beiden Anträgen der Stimme.

Zu einem späteren Zeitpunkt stand eine ablehnende Stellungnahme der Stadtverwaltung an die Bezirksregierung „zur Errichtung und Betrieb einer Rohrfernleitungsanlage zum Transport von gasförmigen Kohlenmonoxid von Köln-Worringen nach Krefeld-Uerdingen“ (CO-Pipeline) auf der Tagesordnung. Die FDP hatte in der Vergangenheit immer die Fehler des Unternehmens beim Bau der Leitung angeprangert, aber dennoch die Notwendigkeit der Trasse anerkannt (u.a. zum Erhalt vieler Arbeitsplätze aber auch gegen die Abwanderung von Forschung und nennenswerter Investitionen in der Region). Die nun vorliegende ablehnende Stellungnahme der Stadtverwaltung, die in einem ungewöhnlich scharfen Ton formuliert und mit einem konstruierten Horrorszenario umschrieben und begründet wurde, wurde von FDP-Vertretern schon in verschiedenen Ausschusssitzungen abgelehnt, so auch jetzt. Alle anderen Fraktionen schlossen sich der ablehnenden Position der Verwaltung an, eine erneute Diskussion zu diesem Thema ersparten sich die Ratsmitglieder an diesem Tag.

Als einzige Fraktion stimmte die FDP auch gegen die kostenpflichtige Vermietung von Lehrerparkplätzen. Zwar handelt es sich um überschaubare Einnahmen (25,- Pro Parkplatz/Monat) aber zuvor müssten

mehrere hunderttausend Euro für die Montage von Schranken und Zäunen investiert werden. Insofern kann man eher von 'Symbolik' sprechen, als von einer sinnvollen Einspar- bzw. Einnahmemöglichkeit. Aus diesem Grunde, aber auch, weil ein Haushaltsplan nach den Vorstellungen der FDP ganz anders aussehe und solche Maßnahmen dann überflüssig wären, lehnte die FDP-Ratsfraktion die Vorlage ab.

Der Rat beschloss einstimmig, dass der „Betriebsausschuss für das Immobilienmanagement“ (IMD) als baubegleitender Projektausschuss die Mängel und Folgen beim Bau des CityPalais beraten soll. Die Mitglieder des Ausschusses können Fragen stellen und werden über alle erforderlichen Schritte informiert, Rechte und Möglichkeiten eines „Untersuchungsausschusses“, wie man ihn aus dem Landtag kennt, hat er aber nicht.

In den folgenden Beratungspunkten beschloss der Rat eine neue Abfallentsorgungsgebührensatzung, eine neue Abwasserbeseitigungssatzung, eine neue Abwassergebührensatzung, eine neue Straßenreinigungs- und Gebührensatzung und eine neue Friedhofsgebührensatzung. Alle Beschlüsse wurden einstimmig gefasst, was vermutlich auch daran lag, dass es 2013 keine Gebührenerhöhungen gibt.

Wie in jeder Ratssitzung üblich, folgte die Aufstellung zahlreicher Bebauungspläne, Flächennutzungspläne und Veränderungssperren, die bestimmte Gebiete für gewünschte Ansiedlungen freigeben oder andere vor unerwünschten Ansiedlungen schützen sollen.

An Top 82 hatte die FDP einen Antrag „zum Erhalt des Kombibades in Homberg“ gestellt, wie er gleichlautend unlängst von der zuständigen Bezirksvertretung beschlossen wurde (einstimmig). Recherchen und Nachfragen der Bezirksvertreter hatten ergeben, dass die geplante Schließung - anders als im Haushaltssanierungsplan vorgesehen - keine Einsparungen erbringen wird. Konsequenterweise forderte die FDP dass der Rat den 'Schließungsbeschluss' zurück nimmt und den Bürgern das Bad weiterhin zur Verfügung stellt. Die CDU schloss sich der Forderung an, alle anderen Fraktionen stimmten jedoch dagegen, obwohl die Homberger Bezirksvertreter aller Parteien die gleiche Forderung hatten. Immerhin wurde auf diese Weise deutlich, wie Rot-Rot-Grün mit einstimmigen Beschlüssen der Bezirksvertretungen und mit eigenen nachgewiesenen 'Fehl-Beschlüssen' umgeht...

Als nächstes hatte die CDU einen Antrag gestellt, wonach sich der Stadtrat gegen die Übernahme der „Archäologischen Zone / Jüdisches Museum Köln“ (in Köln) durch den Landschaftsverband Rheinland aussprechen sollte. Hierbei handelt es sich um ein Projekt, dass auf Initiative des früheren FDP-Kreis- und Bezirksvorsitzenden Werner Hoyer (früherer FDP-Bundestagsabgeordneter und Staatssekretär, jetziger Präsident der Europäischen Investitionsbank) realisiert werden soll. Im Gegensatz zur Erläuterung und Begründung der CDU hatten Recherchen der FDP-Ratsmitglieder ergeben, dass das gesamte Projekt noch „in der Schwebe“ ist und die Übernahme durch den LVR so (wie von der CDU behauptet) nicht geplant ist. Eine „vorbeugende“ Beschlussfassung gegen ein überregionales Projekt in einer anderen Stadt sah die FDP-Fraktion kritisch, so dass sie gegen diesen CDU-Antrag stimmte. Nur die DWG stimmte zu.

Es folgten zahlreiche Mitteilungsvorlagen, mit denen die Stadtverwaltung die Ratsmitglieder über neue Sachverhalte informiert, bei denen aber nichts beraten oder beschlossen wird. So z.B. zur Neuberechnung des „Stärkungspaktes Stadtfinanzen“ durch das NRW-Innenministerium, ein Bericht zu „40 Jahren 'neue' Universitätsstadt Duisburg“, Planungen und Berechnungen zur zukünftigen „Strukturpolitik bzw. Förderung durch die EU-Kommission“, zum Sachstand und zur zukünftigen „Unterbringung von Asylbewerbern“, zum Zeitplan des Projektes „Duisburg 2027“, zu den „Umwelttagen 2013“ und zur Verwendung der Bundesmittel aus dem „Bildungs- und Teilhabepaket“.

Gegen Ende der öffentlichen Sitzung lag noch ein gemeinsamer Antrag von FDP und CDU „zur Einführung einer neuen Schnellbuslinie zwischen Hamborn und dem Hauptbahnhof“ vor. Die DVG hatte festgestellt, dass über 700 Fahrgäste - innerhalb eines Monats - wegen 'Überfüllung' nicht in die Linie 903 einsteigen konnten. Daher beantragten FDP und CDU hier (in einer einjährigen Testphase) einen zusätzlichen Bus einzusetzen, auch um neue Fahrgäste und somit neue Einnahmen zu akquirieren. Oberbürgermeister, SPD, Linke und Grüne stimmten jedoch dagegen, obwohl deren Vertreter im DVG-Aufsichtsrat zugestimmt hatten.

Um 20:40 Uhr endete die letzte öffentliche Ratssitzung in diesem Jahr, es folgte eine nicht-öffentliche Sitzung mit 16 Tagesordnungspunkten. Gegen 21:30 Uhr traten die Ratsmitglieder den Heimweg an.

## Sitzung des Stadtrates am 21. Januar 2013

Die erste Sitzung des Duisburger Stadtrates im neuen Jahr (und gleichzeitig die 29. Sitzung des Stadtrates in dieser Legislaturperiode) war eigentlich nur zur Einbringung des städtischen Haushalts für 2013 geplant. In den Wochen vor der Sitzung häuften sich dann aber die zusätzlichen Beratungspunkte, so dass die Tagesordnung letztendlich 24 öffentliche und 3 nicht-öffentliche Punkte umfasste. Für eine Ratssitzung in Duisburg wenig, wenn man aber bedenkt, dass nur ein einziger Punkt geplant war...

Im ersten Tagesordnungspunkt schlug die Verwaltung vor, als Nachfolger für den ausgeschiedenen Dr. Peter Greulich, den Dezernenten für Soziales und Sport, Herrn Reinhold Spaniel, zum Stadtdirektor und somit zum Stellvertreter des Oberbürgermeisters zu wählen. Natürlich wurde diese Beschlussvorlage in Absprache und nach Wunsch der Rot-Rot-Grünen Ratsmehrheit formuliert – diese „Wahl“ war also eher eine Formsache. Nach kurzer Beratung hatte die FDP festgestellt, dass es in den vergangenen Jahren kaum Kontakte zu Herrn Spaniel gab und dieser auch nicht durch ein besonderes Engagement aufgefallen ist, konsequenterweise stimmte die FDP-Ratsfraktion dagegen. Die CDU enthielt sich der Stimme, alle anderen wählten Herrn Spaniel zum neuen Stadtdirektor. In einer weiteren Abstimmung wurde der Bereich „städtisches Personal“ von Stadtkämmerer Dr. Langner auch in das Ressort von Reinhold Spaniel verlegt.

Danach standen zwei öffentliche Ausschreibungen zur Suche neuer Dezernenten für „Familie, Bildung und Kultur“ sowie für „Umwelt, Klimaschutz (Neu), Gesundheit und Verbraucherschutz“ an. Die Ausschreibung für den Bereich Kultur und Schule war unstrittig und wurde einstimmig beschlossen. Im zweiten Fall schlug die CDU vor, die Stelle einzusparen und die Aufgaben unter den anderen Dezernenten aufzuteilen. Die FDP konnte sich diesem Gedanken anschließen und forderte, auf das (von den Grünen erwünschte) neu geplante Gebiet „Klimaschutz“ ganz zu verzichten, da es objektiv betrachtet auf kommunaler Ebene keine Rolle spielt. Ironischerweise fragte der FDP-Fraktionsvorsitzende Wilhelm Bies, ob man nicht auch noch das Thema „Atomreaktor-Sicherheit“ bedenken solle, was die Grünen tatsächlich veranlasste, das vermeintlich „große Gefahrenpotential“ der Firma GNS im Duisburger Süden zu thematisieren... Natürlich setzten Rot-Rot-Grün ihre Wünsche durch und beschlossen gegen die Stimmen von CDU und FDP die Ausschreibung der zweiten Dezernentenstelle für Umwelt, Klimaschutz, Gesundheit & Verbraucherschutz.

Es folgte die offizielle Einbringung des städtischen Haushaltsplans für 2013 und somit die Reden des Oberbürgermeisters und des Kämmers. Oberbürgermeister Sören Link erklärte, dass man das 'geplante' und gesetzlich erlaubte „Haushalts-Minus“ von –84 Mio. Euro in diesem Jahr nicht ganz erreicht habe, es wird derzeit mit weiteren 5,3 Mio. Euro (Minus) gerechnet. Deshalb müssen in den Haushaltsberatungen bis März noch Einsparungen- bzw. Einnahmen in dieser Höhe gefunden werden. Die Verwaltung habe bisher bewusst keine Vorschläge unterbreitet. In seiner wenig emotionalen Rede erläuterte der OB, dass die Bürger wieder über das Internet an diesen Beratungen beteiligt werden sollen. Stadtkämmerer Dr. Peter Langner erläuterte zunächst Grundsätzliches zum 10jährigen Haushaltssicherungsplan und dem neuen „Stärkungspakt“-Gesetz. Strukturelle Defizite seien nach seiner Einschätzung nur auszugleichen, wenn der Bund endlich die auferlegten Kosten für Sozialleistungen übernehme. Weiterhin berichtete er, dass die Stadt ca. 20 Mio. Euro Schlüsselzuweisungen weniger vom Land erhalte, weil die kommunalen Steuereinnahmen in den vergangenen Jahren deutlich höher ausgefallen sind. Außerdem werden zusätzliche Mittel für den neuen Brandschutzbedarfsplan und für den weiteren U3-Ausbau benötigt.

Bei einer weiteren Beratungsvorlage (Veränderungsnachweis), die auch zur Haushaltseinbringung gehört, wollte der Oberbürgermeister, dass der Rat sie in 1. Lesung zur Kenntnis nimmt, obwohl die Vorlage den Ratsmitgliedern gar nicht vorlag. CDU, FDP und DWG mussten sich schon heftig wehren, damit die Sitzung endlich unterbrochen wurde und die Ratsmitglieder die fehlende Vorlage bekamen und auch lesen konnten, anstatt sie „blind“ zur Kenntnis zu nehmen. In solchen Momenten zeigt sich, wie wenig der neue Oberbürgermeister und die Rot-Rot-Grüne Ratsmehrheit um Konsens bemüht sind.

Gegen Ende der Sitzung stand ein Antrag von SPD, Grünen und Linken auf der Tagesordnung, wonach „Paul von Hindenburg“ die Ehrenbürgerschaft der Stadt Duisburg aberkannt werden sollte. Bereits vor Sitzungsbeginn hatte die Verwaltung jedoch festgestellt, dass eine Ehrenbürgerschaft automatisch mit dem Tod des Ehrenbürgers erlischt. Damit die Rot-Rot-Grüne Ratsmehrheit nicht allzu geistlos dastand, wurde der Beschlusstext des Antrags dahingehend geändert, dass der Rat feststellen(!) solle, dass die Ehrenbürgerschaft „Paul von Hindenburgs“ mit seinem Tod erloschen sei. Ebenso hätte der Rat auch feststellen können, dass es inzwischen 17:00 Uhr geworden ist... Da dem natürlich nicht zu widersprechen war, wurde diese „Feststellung“ ohne jede Diskussion einstimmig beschlossen.